

Abgesang auf die deutsche Braunkohle

Energiepolitik: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fordert einen Fahrplan für den Ausstieg im Lausitzer Revier



Braunkohlentagebau bei Welzow (Spree-Neiße-Kreis): Arbeitsplätze und Wertschöpfung bald im Ausland?

PAUL LEONHARD

Als in Frankreich im Dezember plötzlich wegen „Verschleißerscheinungen“ Atommeiler abgeschaltet wurde, wurde die entstandene EU-weite Stromlücke auch mit Braunkohlestrom aus der Lausitz geschlossen. Gleichzeitig nutzten Stromerzeuger und Netzbetreiber den Vorfall, um darauf hinzuweisen, wie risikobehaftet die Stromversorgung auch in Deutschland ist.

Angesichts der Berliner und Brüsseler Klimaschutzziele sind Visionen für

die künftige Energieversorgung gefragt. Braunkohle hat sich zu einem Geschäft mit erheblichen Risiken entwickelt. Bisherige Geschäftsmodelle sind politisch unter Druck geraten, die im Energie-sektor tätigen Firmen sind verunsichert, wie selbst der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) konstatiert. Für die Stromerzeuger ist unklar, wie sich die Nachfrage entwickeln wird. Auch die Kostenrelationen haben sich in der Energiewirtschaft verändert.

Zum einen seien die überwiegend importierten Primärenergieträger Gas und Steinkohle gegenüber der Braunkohle deutlich teurer geworden, zum

anderen sei der EU-Emissionshandel (ETS, JF 23/16) als neuer Kostenblock hinzugekommen, konstatiert Hubertus Bardt in seinem Beitrag „Braunkohle in einem schwierigen Umfeld?“ im Fachblatt *Energiewirtschaftliche Tagesfragen*. Überdies werde die Braunkohle aufgrund der Kohlendioxid-Emission und der mit ihrer Gewinnung verbundenen Natureingriffe insbesondere aus Umweltsicht heftig kritisiert, „auch wenn die europäische Gesamtmenge der Emissionen im europäischen Emissionshandel festgelegt und damit unabhängig von den Emissionen eines Energieträgers eingehalten wird“.

Die Chancen der Braunkohle am Strommarkt würden sehr unterschiedlich eingeschätzt, schreibt Bardt. Einige Wissenschaftler würden von einer stabilen Nutzung der Braunkohle bis mindestens 2030 ausgehen, andere den Braunkohlekraftwerken eine mangelnde Wirtschaftlichkeit attestieren und auf eine deutlich abnehmende Nutzung über die nächsten Jahre schließen.

Kein Kohlebann in Sachsen und NRW?

Daß die Ablehnung der Kohlenutzung in der Bevölkerung längst nicht so eindeutig ist, wie die Umweltverbände behaupten, hat eine in der Zeitschrift für *Umweltpolitik und Umweltrecht* veröffentlichte Untersuchung der Universitäten Bochum und Münster ergeben. Diese hatten im Auftrag des Bundesforschungsministeriums deutschlandweit 1.600 Haushalte befragt. Danach sprachen sich in Sachsen nur 36 Prozent gegen Kohle aus, im traditionellen Stein- und Braunkohleland Nordrhein-Westfalen waren es keine 50 Prozent. In den Ländern ohne Kohleförderung lag die Ablehnungsquote bei 62 Prozent.

Vorübergehend hatte der verordnete Ausstieg aus der Atomenergie den Kohlekraftwerken als verbleibenden Stromgrundlastproduzenten sogar neue Marktchancen eröffnet. Allerdings bedeutet die deutsche Energiewende den Abschied von der Braunkohle. Bis 2050 sollen in Deutschland die erneuerbaren Energien einen Anteil von mindestens 80 Prozent erreichen.

Was das für die Braunkohlewirtschaft in Sachsen und Brandenburg sowie im Mitteldeutschen Braunkohlerevier bedeutet, hat jetzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) untersucht. Nach Ansicht des DIW reichen die genehmigten Tagebaufelder aus, um die Kohleverstromung bis 2030 zu gewährleisten. Pläne für neue beziehungsweise zu erweiternde Tagebaufelder würden sich damit erübrigen.

Gleichzeitig fordert die DIW-Studie Planungssicherheit für die Wirtschaft. Die Politik sollte die Genehmigung weiterer Tagebaufelder möglichst zeitnah und verbindlich ausschließen. Handlungsbedarf sehen die Autoren bei der Regierung Brandenburgs. Diese sollte gemeinsam mit Sachsen „einen verlässlichen Fahrplan für einen Kohleausstieg im Lausitzer Revier entwickeln“.

Noch wehrt sich Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke gegen ein festes Datum für den Braunkohle-Ausstieg. Die erneuerbaren Energien Wind und Sonne seien nicht zuverlässig genug, geeignete Speichertechnologien nicht vorhanden, und ohne Braunkohle gebe es noch keine preisgünstige und zuverlässige Versorgung. „Jetzt darüber zu diskutieren, wir müßten in zehn, 20 oder 40 Jahren die Braunkohle abschalten, würde nur dazu führen, daß wir Arbeitsplätze verlieren und Wertschöpfung ins Ausland abfließt“, so der Sozialdemokrat in der *Lausitzer Rundschau*.

Beschäftigt hat sich das DIW auch mit der Firmenstruktur der tschechischen Industrieholding EPH als Käuferin der deutschen Braunkohlesparte des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall (JF 40/16). Den Tschechen wird mangelnde Transparenz bei den Rückstellungen für eine spätere Rekultivierung der Tagebaufelder bescheinigt. Ebenfalls untersucht wurden die Auswirkungen des Kohleausstiegs auf die ohnehin strukturschwache Lausitz. Bund und Länder seien gefordert, „den Beschäftigten eine Perspektive zu geben“.

In der Lausitz wartet man derzeit mit Spannung, ob die tschechischen Eigentümer die geplanten Erweiterungstagebaue Jämschwalde-Nord, Nochten II und Welzow-Süd II in Anspruch nehmen und damit 2.600 Menschen umsiedeln müssen oder nicht. Im Frühjahr soll die Entscheidung fallen.

Themenheft „Ostdeutsche Braunkohle“ des *DIW Wochenberichts* 6-7/17: www.diw.de

Gewinne durch „exakte Bewegungsanalysen“

MÜNCHEN. Der spanische Mobilfunkkonzern Telefónica (O., Base, Blau, Fonic, Ay Yildiz) will mit dem Verkauf von Kundendaten zusätzliche Gewinne in Deutschland erwirtschaften. Künftig könnten Händler oder Einkaufszentren die „sehr exakten Bewegungsanalysen“ bei Telefónica bestellen, berichtete die *Wirtschaftswoche* (9/17). Der mit 44,3 Millionen Mobilfunkkunden größte Netzbetreiber in Deutschland könne genaue Daten über Alter, Geschlecht oder Herkunft anbieten. Die Informationen seien allerdings anonym und von der Bundesbeauftragten für Datenschutz, Andrea Voßhoff (CDU), „geprüft und freigegeben“. Telefónica könne die „akkurateste und umfassendste Ermittlung von Frequenzen für Innenstadtlagen rund um die Uhr“ liefern. Die Mobilfunkdaten würden auch bei „Standortplanung, Werbemessung und Verkehrsanalysen“ helfen. Die Bewegungsprofile könnten bisherige Marktforschungsmodelle ersetzen, die „auf manuellen Stichproben und unsicheren Annahmen beruhen“. Telefónica hat 2014 E-Plus von der niederländischen KPN gekauft und 2016 in Deutschland ein operatives Ergebnis von 1,83 Milliarden Euro erzielt. (fis) blog.telefonica.de/2017/02/

„Keine Absicht, am Bargeld zu rütteln“

BASEL. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) habe „keine Absicht, am Bargeld zu rütteln“, erklärte SNB-Vizepräsident Fritz Zurbrugg am Montag beim ersten „World Banknote Summit“ in Basel. Bargeld gewährleiste den „umfassenden Schutz der finanziellen Privatsphäre“ und garantiere, „daß die Entscheidung, wer welche finanziellen Informationen überlassen werden, tatsächlich beim Dateneigner liegt“, so der Leiter des SNB-Bereichs Finanzstabilität/Bargeld. „Voraussetzung für das Vertrauen in Bargeld ist eine stabilitätsorientierte Geldpolitik, die sicherstellt, daß Noten und Münzen langfristig ihren Wert behalten“, so Zurbrugg. Seit 2016 wird eine neue Banknotenserie von der SNB herausgegeben. Größter Schein ist dabei weiterhin die 1.000-Franken-Note, die größte und wert stabilste Banknote der Welt. (fis) www.snb.ch/de/ifor/media

Aufstand gegen den globalen Zeitgeist

US-Wirtschaftspolitik: Donald Trumps Pläne dürften kurzfristig aufgehen, langfristig überwiegen die Risiken und Nebenwirkungen

DIRK MEYER

Welche Ziele verfolgt Donald Trump? Politisch scheint vieles unklar. Die US-Börse hat die Frage aus ihrer Sicht aber längst beantwortet: Der Dow-Jones- und der Nasdaq-Index haben seit der Wahl am 9. November um 15 Prozent zugelegt. Offenbar setzen die US-Investoren große Hoffnungen auf den neuen US-Präsidenten.

Das hat viele überrascht, denn Trump hat ein umfangreiches, aber ungewöhnliches Wahlprogramm vorlegt, das jeder inzwischen auch auf deutsch nachlesen kann. In klaren, einfachen Worten skizziert Trump in dem Buch „Great Again“, wie er „Amerika retten“ will. Und angesichts seiner bisherigen Executive Orders verdient Trump ohne weiteres den Begriff des agilen politischen Schumpeter-Unternehmers, der von seiner bahnbrechenden Innovation so überzeugt ist, daß er sie gegen die verschiedensten Widerstände durchzusetzen gedenkt.

Drei Fragen stellen sich dem Leser gleich zu Beginn. Erstens: Geht es den USA wirtschaftlich so schlecht, daß

eine Rettung auf der Basis eines fundamentalen Politikwechsels notwendig wäre? Zweitens: Erfüllt das Programm den Anspruch einer grundlegenden (Er-)Neuerung? Drittens: Wie wahrscheinlich ist ein Erfolg? Als bisheriger Lenker eines Immobilien-Konglomerats (Grundstückserschließung; Errichtung, Renovierung und Betreiben von Immobilien sowie von Freizeiteinrichtungen wie Golfplätzen) sieht er „Amerika“ als „sein“ Unternehmen, als dessen Vorstandschef (CEO) er Entscheidung und Verantwortung übernommen hat.

Dies erklärt seine durchgreifende Dekretspolitik abseits des gesetzgebenden Kongresses und seine auf die USA fixierte Binnenorientierung – ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Länder. Auch seine eher kurzfristige Ausrichtung von Maßnahmen und die Vernachlässigung der langfristigen und teils zurückwirkenden Zweitundeneffekte sprechen für eine betriebs-, statt volkswirtschaftlich-globale Sichtweise. Wirtschaftlich stehen die USA durchaus gut da: Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 56.084 Dollar klar vor Deutschland (40.952); im Fünf-Jahres-Schnitt ein

Wachstum von zwei Prozent, eine Inflation von 1,2 Prozent und eine offizielle Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent.

Eine „Rettung“ muß demnach anders begründet werden, und da setzt sein innovatives Moment an. Die Vorteile der Globalisierung spüren die mobilen, gebildeten Arbeitskräfte und die Kapitalbesitzer durch gestiegene Einkommen sowie die Konsumenten durch günstige Importpreise. Gut bezahlte Industriearbeitsplätze gingen hingegen verloren. Untersuchungen von David Autor (MIT) ergeben seit der Jahrtausendwende einen Verlust durch Importkonkurrenz aus China von zwei Millionen Arbeitsplätzen. Verlierer sind die Stahlwerker in Pittsburgh und Autobauer aus Detroit. Als ältere Arbeitslose stehen ihre Chancen im Silicon Valley

denkbar schlecht. Zählten Chrysler, Ford und General Motors 1990 bei einem Börsenwert von 36 Milliarden Dollar noch 1,3 Millionen Mitarbeiter, so beschäftigten Apple, Facebook und Google 2015 nur 185.000 – bei einem Börsenwert von 1.428 Milliarden Dollar.

Eine Nebenbedingung des Freihandels – der Ausgleich der Verlierer durch ein soziales Sicherungssystem – wurde nicht eingehalten und gefährdet aktuell den Zusammenhalt der US-Gesellschaft. Protektionismus (Einwanderungsstopp, Zölle auf Industriewaren) hätte dann Gewinner: Verbesserungen am unteren Ende der Einkommens-/Beschäftigungspyramide. Die Inlandslöhne für Niedrigqualifizierte (Hausmeister, Taxifahrer, Gärtner, Kindermädchen) steigen, eine Reindustrialisierung scheint möglich: „America first!“, wie Trump sagt.

Kurzfristige Erfolge sind daher wahrscheinlich – die langfristigen Wirkungen dürften aber auch der Weltmacht USA erheblich schaden. Schutz vor Auslandskonkurrenz verzögert Anpassungen und mindert die Anreize zur Entwicklung innovativer, kostengünstiger Produkte. Protektionismus wirkt als Bestands-

schutz zu Lasten der amerikanischen Konsumenten, denen die Wahl der besseren ausländischen Produkte genommen wird. Sollten entsprechende Zölle gar mit protektionistischen Maßnahmen des Auslandes beantwortet werden, dürften ein internationaler Handelskrieg und ein Abwertungswettlauf der Währungen erhebliche Wohlstandsverluste für alle bewirken.

Zudem scheint Trumps Wirtschaftspolitik widersprüchlich: Ein Konjunkturschub durch Steuersenkungen, schuldenfinanzierte Infrastrukturinvestitionen und Deregulierung wird bei derzeitiger hoher Kapazitätsauslastung die Inflation beflügeln. Eine notwendige Leitzinserhöhung der Notenbank ließe den Dollarkurs steigen. Ein weiterer Anstieg ergibt sich aus den Importbeschränkungen. Resultat wäre ein Trumpsches Dollarparadoxon: Eine Dollarabwertung soll die Leistungsbilanz verbessern, die angekündigte Politik bewirkt jedoch das Gegenteil. Fazit: Volkswirtschaftlich schlüssig scheint diese Politik nicht.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



Donald Trump: Great Again! Wie ich Amerika retten werde. Plassen Verlag, Kulmbach 2016, gebunden, 224 Seiten, 17,99 Euro

Zahl der Woche

Von 21 auf 23,7 Milliarden

Euro ist 2016 der staatliche Finanzierungsüberschuss gestiegen. Die deutsche Sozialversicherung nahm 8,2 Milliarden Euro mehr ein als sie ausgab. Der Bund hatte einen positiven Saldo von 7,7 Milliarden, die Länder von 4,7 Milliarden und die Gemeinden von 3,1 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

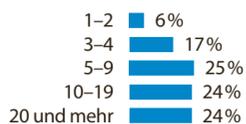
Ihr Werbemedium zur Leipziger Buchmesse!

Lieblingsfreizeitbeschäftigung der JF-Leser: Bücher lesen



91% der JF-Leser, gegenüber 55% der Gesamtbevölkerung, geben an, Lesen als Freizeitbeschäftigung „gern“ oder „besonders gern“ zu betreiben.

Wie viele Bücher kauften JF-Leser in den letzten 12 Monaten?



JF-Leser kaufen im Jahr durchschnittlich 12,3 Bücher, selbst die Oberschicht nach AWA 1st class erwirbt nur 9 Bücher.

Angaben: KINAU Mediaforschung Mai 2008



Ausgewählt von der Literaturredaktion, bieten wir Ihnen in einer achtseitigen Sonderbeilage einen Überblick über die wichtigsten Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. Erreichen Sie eine Zielgruppenspezifische begeisterter Bücherwürmer, die ihresgleichen sucht, zu einem in der Werbebranche absolut einmaligen Preis-Leistungs-Verhältnis.

Werbeagenturleistungen wie die Erstellung professioneller Anzeigenvorlagen sind bei uns übrigens im Preis inbegriffen!

- Erscheinungsdatum: 24.03.2017
- Anzeigenschluß: 14.03.2017

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Gerne können Sie sich von uns ein attraktives Erstkundenangebot machen lassen:

► BMV – Berliner Medien Vertrieb e. K.
Herrn Frank Schilling
Hardenbergstr. 12, 10623 Berlin
E-Mail: info@berlinermedienvertrieb.de
Tel.: 030 / 55 52 38-21